



Antrag

der Fraktionen von SSW und SPD

Für starke europäische Regionen – Keine Zentralisierung von Agrar- und Regionalfonds

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf nationaler und europäischer Ebene gegen die Pläne der EU-Kommission einzusetzen, die im mehrjährigen Finanzrahmen von 2028 bis 2034 eine Zusammenlegung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Regional- und Sozialfonds, auch bekannt als Kohäsionspolitik, vorsehen.

Begründung:

Im Oktober 2024 wurde bekannt, dass die EU-Kommission plant, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Regional- und Sozialfonds, auch bekannt als Kohäsionspolitik, im mehrjährigen Finanzrahmen von 2028 bis 2034 in einem Fond unter nationaler Verwaltung zusammenzuführen.

Derzeit profitieren die Regionen und Kommunen direkt von den Mitteln der Kohäsionspolitik, die im Dialog mit der EU-Kommission auf regionale Bedürfnisse abgestimmt werden. Dies ist insbesondere in föderalen Staaten wie Deutschland von Bedeutung, da hier eine enge Zusammenarbeit zwischen regionalen und lokalen Entscheidungsträgern und der EU besteht. Eine Zentralisierung der Mittelverwaltung und die Möglichkeit, Gelder flexibel zwischen Ausgabenbereichen zu verschieben, könnte hingegen negative Auswirkungen auf die Rolle und Beteiligung der Regionen und Städte an der zukünftigen Kohäsionspolitik haben. Die Menschen in den betroffenen Regionen würden weniger unmittelbar von EU-Programmen profitieren, was die Akzeptanz und Wahrnehmung der EU vor Ort mindert.

Vor den im nächsten Jahr beginnenden Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU muss Schleswig-Holstein die Relevanz der

eigenständigen und bedarfsgerechten Förderung der Regionen auf Bundesebene und gegenüber der EU-Kommission zum Ausdruck bringen.

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion

Marc Timmer
und Fraktion